

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Bestellungspreis monatlich 2 Mk., durch andere Nachfrager pagogen in der Regel monatlich 2 Mk., auf dem Lande 2 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 7 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Zuschriften sowie weitere Nachfragen und Geschäftsverträge nehmen jederzeit Zustellungen entgegen. Im Falle einer Erweit. Krieg oder sonstiger Verhältnisse ist bei der Bestellung kein Nachdruck auf Lieferung der Zeitung oder Abgabe des Bezugspreises.



Jahrespreis 24 Mk. für die 6 gelblich-rosafarbene oder deren Name, Kellern, die 2 halbjährige Rosafarbene 12 Mk. Bei Lieferung und Jahresauftrag entsprechend Preisnachlass. Teilnehmungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 gelblich-rosafarbene 24 Mk. Nachweilungs-Geld 50 Pf. Anzeigenpreise sind verhältnismäßig zu den. Für die Wichtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übersehen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Beitrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftragsgeber in Arrest geht.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostfen.

Verleger und Druckere: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Häffig. für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 21

Mittwoch den 25. Januar 1922.

81. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Montag den 30. Januar 1922 vormittags 9 Uhr wird im Verhandlungslokal des amtshauptmannschaftlichen Dienstgebäudes öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses abgehalten werden. Die Tagesordnung ist vom 25. Januar 1922 ab im Aushangkasten des amtshauptmannschaftlichen Dienstgebäudes angehängt. Meissen, am 23. Januar 1922. Der Amtshauptmann.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Tischlereihabers Robert Bruno Red in Wilsdruff wird nach Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben. Amtsgericht Wilsdruff, am 18. Januar 1922.

Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverbreiteten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Reichspräsident Ebert erklärte, daß ein Scheitern des Steuerkompromisses den Rücktritt der Regierung zur Folge haben könnte, was wiederum einen enormen Marktschwund nach sich ziehen würde.
- * Die parlamentarische Lage im Reichstag hat wegen der großen Schwierigkeiten, eine Einigung in der Steuerfrage zu finden, eine bedenkliche kritische Zustimmung erfahren.
- * Die Landtagswahlen in Braunschweig ergaben fast Stimmengleichheit zwischen den bürgerlichen und sozialistischen Parteien.
- * Lloyd George trat in einer stark beachteten Rede, in der er sich mit der Politik Poincarés auseinandersetzte, für weitere internationale Konferenzen zur Abmilderung einer besseren Verständigung ein.
- * Frankreich verlangt in einer Note an England Abschluß des Schutzvertrages auf die Dauer von 25 Jahren und die Errichtung einer Militärkonvention.
- * Der Dollar notierte an der Berliner Montagbörse mit 204 Mark.

Kabinettskrieg.

Der Schuß über den Kanal, den Herr Poincaré gleich bei seinem ersten Auftreten in der französischen Kammer mit weithin vernehmbarer Stimme abgab, war kaum verhallt, als Lloyd George, nach gebotener kurzer Respektpause, seinen Gegenüber in Richtung der französischen Hauptstadt abseuerte. Selbstverständlich eingeweiht in alle die herkömmlichen und aus tausendfacher Gründen gebotenen Höflichkeiten, selbstverständlich auch gespickt mit allerhand Unfreundlichkeiten, man darf vielleicht auch sogar sagen: Unaufrichtigkeiten gegen Deutschland. Wir hätten mutwillig den Schaden in Frankreich angerichtet, daß sich nun unter sehr schweren Lasten zu quälen habe, wie Belgien, wie Italien. Deutschland soll bezahlen, Deutschland muß bezahlen — aber Deutschland leidet auch, und jedes andere Land, unter dem großen Zusammenbruch des internationalen Handels, und das sei ein Unlück, das alle europäischen Staaten gleichmäßig angehe. Man habe sich in Cannes unter den Sachverständigen ja auch tatsächlich schon darüber geeinigt, was geschehen müsse, und man werde diese Einigung hoffentlich auch später aufrechterhalten — wenn keine Torheit dazwischenkomme.

An was für Torheiten Lloyd George dabei gedacht haben mag, ergibt unzweifelhaft der weitere Inhalt seiner Rede, der nichts als eine sehr ernsthafte, sehr nachdrückliche und gar nicht mehr mißzuverstehende Polemik gegen Poincaré darstellt. Unter direktem Hinweis auf die „Ereignisse in Frankreich“ warnte er vor dem Abbruch, Europa in zwei oder drei Jahren von seiner Not befreien zu können. Nur ein Weg führe zum Ziel, und das sei der Weg der Vernunft, nicht der Weg der Gewalt. Im Gegensatz zu Poincaré, der von dem „pomphaften“ Obersten Rat und von den nutzlosen Konferenzen gesprochen hatte, die fort und fort abgehalten würden, ist Lloyd George der Meinung, daß das Ziel nur durch beharrliche Zusammenkünfte, durch Erörterungen und Konferenzen erreicht werden könne. Sonst würde man aus den Mißverständnissen und damit aus den Verzögerungen nicht herauskommen. Konferenzen befeitigten Mißverständnisse und Argwohn. Poincaré werden die Ohren heftig gestungen haben, als Lloyd George fortfuhr: Es gibt Leute, die erklären: „genug mit den Konferenzen, wir wollen Devisen und Briefe austauschen!“ Aber mit diesen schriftlichen Mitteln kann man nicht argumentieren und nicht diskutieren. Die Männer, die die Konferenzen hassen, sind Vertreter der härteren Ansichten, die nicht gern der Wirklichkeit ins Auge sehen. Es ist gut, wenn sie gegewungen werden, dies hin und wieder zu tun. Wir haben jetzt die Nationen Europas ohne Unterschied nach Genua geladen, weil wir den bauern den Kriegserklärungen, die für das internationale Wirtschaftsleben genau so schlimm sind wie der Krieg selbst, ein Ende machen wollen. In Mitteleuropa rumort und rasfelt es. Wir wollen diese Länder von Angesicht zu Angesicht zusammenbringen, und wir werden sehen, ob die Möglichkeit besteht, ein vernünftiges Einvernehmen zwischen ihnen zu stiften. Man redet von den ungeheuren Kosten, die diese Konferenz der 45 Nationen mit ihren laufend Sachverständigen verursachen muß. Aber sie sind immer noch billiger als die militärischen Sachverständigen! Die letzten erst beendete Auseinandersetzung zwischen denselben Nationen, die 4 1/2 Jahrhunderte dauerte, und an der 30 Millionen Men-

schen teilnahmen, hat dort, wo die Debatte stattfand, zehn Millionen junger Männer tot zurückgelassen, zehn weitere Millionen wurden verstümmelt, und die Ausgaben betrugen 50 Milliarden Pfund Sterling. Da sollten die Völker doch lieber eine andere Konferenz versuchen. Er, Lloyd George jedenfalls, richte an alle Männer in Nachstellungen, an alle Lenker der Menschheit die Aufforderung, im Geiste des Friedens nach Genua zu gehen, dann werde der Friede folgen. Es werde keinen Frieden geben, wenn nicht ein wirkliches Einvernehmen unter den Völkern vorhanden ist, und wenn nicht auf dieses Einvernehmen eine beträchtliche Verminderung der Rüstungen folgt, die immer noch auf der Welt lasten. Nach erzieltem Einvernehmen in Genua würden sicher die Nationen selbst eine Verminderung der Rüstungen verlangen. England habe dazu das Beispiel gegeben, indem es sein Heer unter die Vorkriegsstärke herabsetzte und den Bestand seiner Flotte und Luftmacht verringerte.

So ist der Kabinettskrieg zwischen London und Paris im vollen Gange. Mit Spannung wird die Welt seinem Fortgang folgen, denn haben sich die Wesen des Obersten Rates bisher von Konferenz zu Konferenz ständig mit Verlegenheitslösungen gehalten, so ist jetzt, nach allgemeiner Überzeugung, endlich doch der Zeitpunkt gekommen, wo nur noch zwischen Nachgiebigkeit auf der einen und bewußtem Festhalten auf eine neue schwere internationale Katastrophe auf der andern Seite gewählt werden kann.

Das englisch-französische Bündnis.

Ein Schutzvertrag für 25 Jahre. Einen wesentlichen Teil der internationalen Verhandlungen zur Ordnung Europas bilden die englischen Jugendbündnisse an Frankreich, welches sich in seiner unausrottlichen Furcht vor Deutschland vor allem militärisch gesichert sehen will. Jetzt sind als Grundlage der französisch-englischen Verhandlungen vier Notizen folgenden Inhalts fertiggestellt worden: 1. Die Zusatzartikel der französischen Regierung zu dem englischen Vorschlag eines englisch-französischen Schutzvertrages, 2. französische Vorschläge, um dem türkisch-griechischen Krieg durch Vermittlung der Mächte ein Ende zu bereiten, 3. Regelung der Frage von Tanger, 4. Stellungnahme der französischen Regierung zur Frage der Konferenz von Genua. Die französische Regierung verlangt ferner, daß jede Verletzung der von den Alliierten besetzten Linien seitens Deutschlands als ein feindseliger Akt betrachtet werde, der den „Bündnisfall“ eintreten lasse. Ein deutscher Angriff gegen die englischen Linien im Mittelmeer solle ebenfalls als Kriegsakts betrachtet werden, durch den die französische Hilfe von selbst gegeben sei. Schließlich verlangt Frankreich, daß die militärische Hilfe zwischen den beiden Mächten in einer Militärkonvention klar zum Ausdruck gebracht werde.

Ein unzufriedener Gläubiger.

Wozu die amerikanischen Milliarden dienen. Die Amerikaner, die in vielen wichtigen europäischen Fragen eine auffallende Zurückhaltung an den Tag legen und zu unserem Leidwesen oftmals so tun, als ob viele internationale Probleme sie gar nicht angingen, haben doch in einer Frage ein höchst lebendiges Interesse an Europa, denn die meisten europäischen Staaten sind gegenüber den Amerikanern, diesen Weltbankiers des Krieges, schwer verschuldet, und in Washington überlegt man sich hin und her, wie man die ausgelassenen Milliarden wiederbekommen oder den Verschuldungszustand Europas doch wenigstens als politisches Druckmittel benutzen könne. Die Verschuldung in Amerika ist besonders deshalb so groß, weil man sieht, daß die meisten europäischen Staaten als ihr Geld für große Rüstungsausgaben verwenden, was doch so sehr den amerikanischen Abrüstungsplänen zuwiderläuft. Diese Beschwerden kamen jetzt in einer Erklärung des Senators Mac Cormick zum Ausdruck. Dieser stellte fest, daß zwischen den Vereinigten und der Wolga mehr als zwölf Staaten beständen, von denen viele Schuldner der Vereinigten Staaten seien. Seit dem Waffenstillstand habe Amerika Europa etwa sieben Milliarden Dollar vorgeschossen. Im vergangenen Jahre habe die Ausfuhr der Vereinigten

Staaten die Einfuhr um „etwa“ Milliarden Dollar überstiegen, was weitgehende Kreditationen zur Voraussetzung gehabt habe. Die europäischen Regierungen, teils Amerikas Waffengenossen, teils Amerikas Feinde während des Krieges, und die Neutralen hätten gewaltige Summen verwandt nicht nur für den außerordentlichen Wiederaufbau, sondern auch für große militärische Einrichtungen, für ein ungeheures Beamtenheer und für die Bezahlung ihrer inneren Schulden. Die Tatsache der unausgesetzten Zunahme der Beamtenzahl und der Unterhaltung großer Heere erwecke bei dem amerikanischen Staatsbürger nicht nur

Zweifel an dem Frieden Europas und seiner wirtschaftlichen Zukunft, sondern dränge ihm auch die Frage auf, welche Rolle der amerikanischen Staatsbürger bei der Unterhaltung der europäischen Heere spiele. Die Politik der fremden Staaten und die chronischen Fehlbeträge der europäischen Regierungen trügen dazu bei, die wirtschaftliche Unordnung der Welt und die Arbeitslosigkeit der amerikanischen Arbeiter zu vermehren. Man wolle zwar durch privaten Wohlstand oder durch öffentliche Hilfe an dem Wiederaufbau der französischen Dörfer teilnehmen und durch Nahrungsmittel die Kinder in den notleidenden Ländern unterstützen, sowie dem hungernden Rußland zu Hilfe kommen. Wenn aber die Fehlbeträge in den Staatsfinanzen fortbauern, wenn die weitere Ausgabe von Papiergeld fortgesetzt werde, welcher Zukunft gehe dann der europäische Kredit und der europäische Warenaustausch entgegen! — Die Amerikaner haben bekanntlich besonders den Franzosen schon deutlich mit der Wahl gedroht: Entweder abrufen, oder Schulden bezahlen! Da aber Frankreich weder das eine noch das andere tut, wird die Geduld in Washington wohl eines Tages erschöpft sein.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Keine unbeschränkte Ausfuhr von Kohlen. Die Nachrichten über die Freigabe der Ausfuhr von Kohlen seitens der Reparationskommission haben vielfach zu falschen Auffassungen Veranlassung gegeben. Es wurde angenommen, daß nunmehr Kohlen in unbeschränktem Umfang von Deutschland ausgeführt werden. Diese Annahme trifft nicht zu. Die Kohlenausfuhr ist nach wie vor verboten, und Ausnahmen von diesem Verbot werden nur in den seltensten Fällen gemacht. Im übrigen verbietet die außerordentlich schlechte Lage der Inlandsversorgung sowie die ständig wachsenden Anforderungen der Reparationskommission schon von selbst die Ausfuhr von Brennstoffen. Die Bewilligung der Reparationskommission besagt nur, daß diese Ausnahmen nicht noch ausdrücklich der Zustimmung der Reparationskommission bedürfen.

Deutschland und der Wiederaufbau Rußlands. Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstags berichtete Reichskanzler Dr. Wirth eingehend über die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen Deutschlands zu Rußland. Die Ausführungen gipfelten in der Erklärung, daß Deutschland den baldigsten Wiederaufbau Rußlands wünsche. Auch wünsche Deutschland kein deutsches Wirtschaftsmonopol, sondern die deutsche Regierung sei bereit, mit anderen Interessenten gemeinsam zu operieren, im Einvernehmen und mit Zustimmung derjenigen Gebiete, für die derartige Syndikate errichtet werden sollen. In dem hierauf folgenden vertraulichen Gedankenprotokoll kam trotz der natürlichemweise verschiedenen Stellung der einzelnen Parteien zu dem russischen Problem allgemein der Wunsch zum Ausdruck, daß ein Wiederaufbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland auf das dringendste zu erstreben sei.

Einstellung des Verfahrens gegen schlesische Adlige. Vor einiger Zeit war die Mitteilung verbreitet worden, daß seinerzeit eine Anzahl oberster Adliger Geldgeber des Corps Oberland gewesen seien. Dann wurde gemeldet, daß der Oberstaatsanwalt ein Ermittlungsverfahren wegen Hochverrats eingeleitet habe gegen den Grafen Prasanna, den Grafen Stierstorff und die Grafen Saunma Jellisch. Nach Mitteilung des Oberstaatsanwalts ist das Verfahren gegen die Genannten bereits im November eingestellt worden.